

Alternativantrag

der Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD

zum Antrag der Fraktion der AfD

**Den politisch verursachten Abstieg der Automobilindustrie in Thüringen stoppen –
Arbeitsplätze und industrielle Wertschöpfung sichern**

- Drucksache 8/1037 -

**Automobilindustrie in Thüringen erfolgreich gestalten: nachhaltig, innovativ und
zukunftsfähig**

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. die Automobil- und Zulieferindustrie mit ihrer weit verzweigten Wertschöpfungskette eine der zentralen Säulen der Thüringer Wirtschaft ist;
 2. die Branche sowohl in Thüringen als auch in ganz Deutschland seit Jahren vor erheblichen Herausforderungen steht;
 3. die Entwicklung der Automobil- und Zulieferindustrie von vielen Faktoren abhängt, auf die das Land keinen Einfluss hat. Dazu gehören z. B. die Nachfrage nach Autos und Antriebsarten auf dem Weltmarkt, die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Hersteller, Handels- und Zollkonflikte sowie Fragen der Rohstoffpreise und -verfügbarkeit;
 4. mit dem Branchendialog eine Informations- und Vernetzungsplattform auf Landesebene geschaffen wurde, auf der sich relevante Stakeholder aus Wirtschaft und Politik mit dem Ziel austauschen können, den Übergang zu einer nachhaltigeren, innovativeren und zukunftsfähigeren Automobilindustrie in Thüringen erfolgreich zu gestalten;
 5. die Maßnahmen der Automotive Agenda, wie u. a. der Ausbau des Thüringer Innovationszentrums Mobilität (ThiMo) und die Förderung des Thüringer



Automobilclusters „automotive thüringen e.V.“ (at), zur Flankierung des Transformationsprozesses geeignet sind;

6. es vor dem Hintergrund sich verändernder Gegebenheiten wie z. B. neuer Marktakteure und veränderter Lieferketten richtig ist, einen neuen und breiter angelegten Dialogprozess zu initiieren;
7. für die Unternehmen branchenübergreifende Programme wie die GRW und – für Innovationsthemen – „Thüringen MOTIVation“ zur Verfügung stehen, diese jedoch von Unternehmen aus dem Automotive-Bereich nur wenig in Anspruch genommen werden;
8. die von der neuen Bundesregierung geplanten Maßnahmen – Senkung der Stromsteuer, Reform der Netzentgelte, erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten für Ausrüstungsinvestitionen und Senkung der Körperschaftsteuer – auch der Thüringer Automobilindustrie zugutekommen werden;
9. die Unternehmen der Automobil- und Zulieferbranche stabile und verlässliche Rahmenbedingungen benötigen – insbesondere bei Energiepreisen, steuerlichen Rahmenbedingungen, Planungs- und Genehmigungsprozessen sowie beim Zugang zu qualifizierten Fachkräften –, um Investitionen und Innovationen langfristig abzusichern;
10. der Umstieg von Verbrennungsmotoren auf Elektromobilität trotz der damit verbundenen Herausforderungen in der ostdeutschen Automobilindustrie besonders weit fortgeschritten ist. Nahezu 50 % aller in Deutschland produzierten Elektroautos stammen aus ostdeutscher Produktion. Eine politisch motivierte Blockade der Elektromobilität schadet der ostdeutschen Automobilindustrie und widerspricht dem Ansatz einer technologieoffenen Industriepolitik;
11. im Zukunftsfeld Batterietechnologie in Thüringen Kapazitäten und Kompetenzen aufgebaut und dadurch Arbeitsplätze geschaffen wurden.

II. Der Landtag bittet die Landesregierung:

1. regelmäßig im für Wirtschaft zuständigen Ausschuss über die Ergebnisse aus dem Branchendialog zu berichten;

2. zu überprüfen, ob spezifische Standortbedingungen die Nutzung der Thüringer Förderprogramme durch die Branche behindern, und die Geeignetheit der Förderinstrumente zum Thema im Branchendialog zu machen;
3. den eingeschlagenen Weg der leichteren Zugänglichkeit und Entbürokratisierung der Thüringer Förderlandschaft fortzusetzen;
4. gemeinsam mit den relevanten Stakeholdern die strukturellen Herausforderungen zu identifizieren und Thüringer Unternehmen gezielt bei der Erschließung neuer Geschäftsfelder sowie der Diversifikation in Branchen außerhalb der Kfz-Industrie zu unterstützen;
5. gemeinsam mit der Bundesregierung an der Identifikation und dem Abbau unnötiger bürokratischer Hürden sowie der Beschleunigung von Prozessen zu arbeiten;
6. technologieoffene Forschung und Entwicklung in Thüringen sowie den Transfer innovativer Ideen weiterhin und noch stärker zu fördern;
7. sich auf bundes- und europäischer weiter für die Reduzierung der Abhängigkeiten bei den Schlüsseltechnologien Batterie und Halbleiter einzusetzen und dabei die in Thüringen aufgebaute Expertise einzubringen;
8. gezielt Innovationspartnerschaften zwischen Automobilzulieferern, Start-ups und wissenschaftlichen Einrichtungen zu unterstützen.

Begründung:

Die Automobil- und Zulieferindustrie gehört zu den bedeutendsten Industriebranchen in Thüringen und insgesamt in den ostdeutschen Ländern. Rund 25% aller Industriearbeitsplätze in Ostdeutschland sind mittelbar oder unmittelbar mit der Automotive-Industrie verbunden, von der PKW-Produktion über den Zulieferbereich bis hin zu Forschung und Entwicklung, Engineering oder Softwareprogrammierung. In über 1300 Betrieben der ostdeutschen Automotive-Industrie arbeiten ca. 250.000 Menschen, davon ca. 80% bei Zulieferern. Die Branche ist von herausgehobener Bedeutung für die gesamte industrielle Wertschöpfungskette in Ostdeutschland. Auch überregional hat die Automobilproduktion in Ostdeutschland ein erhebliches Gewicht. So sind 20 % der Automobil-Produktionskapazitäten in Deutschland im Osten lokalisiert, und dies weit überwiegend in neuen, modernen Automobilwerken und unterstützt durch eine neu formierte, leistungsfähige Zulieferindustrie.

Will die deutsche Automobilindustrie wieder Tritt fassen, so braucht sie den Osten und insbesondere den Freistaat Thüringen für eine Industrie der Zukunft und künftiges Wachstum. In der gegenwärtigen Situation der Branche braucht es keine Symbolpolitik und keine Rufe nach Bekenntnissen. Davon gab und gibt es genug. Was es vielmehr braucht, sind gute und verlässliche Rahmenbedingungen und gezielte Unterstützungsmaßnahmen. Viel zu häufig berichten KMU, dass Unterstützungen und Förderprogramme verpuffen, weil die KMU die benötigten Eigenmittel nicht aufbringen können oder den bürokratischen Aufwand scheuen. Der neue Branchendialog bietet die Chance, gemeinsam mit den Akteuren aus der Wirtschaft die Probleme zu identifizieren und an Lösungen zu arbeiten. Denn die Akteure in der Wirtschaft wissen am besten, was sie brauchen.

Für die Fraktionen:



CDU



BSW



SPD